

KURZFASSUNG

TOD, VERZWEIFLUNG UND ELEND

Die gesundheitlichen Folgen
der EU-Migrationspolitik

EIN SYSTEM DER GEWALTSAMEN ABSCHRECKUNG

Menschen, die auf der Suche nach Sicherheit und Schutz sind, darunter Tausende Patient*innen von **ÄRZTE OHNE GRENZEN**, sind wiederholt und in zunehmendem Maße zu Schaden gekommen – ein klarer Beweis für die Absicht der Europäischen Union, Menschen abzuschrecken, festzuhalten und ihnen Schutz und Sicherheit zu verweigern.

In den vergangenen Jahren hat sich in Europa, an seinen Grenzen und weit darüber hinaus, eine verheerende humanitäre Krise entwickelt. Diese ist durch die Politik der Auslagerung, Abschottung und Abschreckung verursacht und hat zu einem deutlichen Anstieg der Todesfälle, der Verzweiflung und des Elends unter den Menschen geführt, die versuchen, innerhalb der Europäischen Union (EU) Sicherheit und Schutz zu suchen.

In ganz Europa und darüber hinaus haben die Teams von ÄRZTE OHNE GRENZEN die verheerenden Konsequenzen der restriktiven EU-Migrationspolitik und -praxis aus erster Hand erlebt. Sie behandeln Menschen an Orten wie Libyen, dem Balkan, dem zentralen Mittelmeerraum, Polen, Griechenland und Italien, die unter schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen leiden.

Der im Frühjahr 2024 veröffentlichte Bericht fasst die Analysen der Einsätze von **ÄRZTE OHNE GRENZEN** in zwölf Ländern in Europa und Afrika sowie im zentralen Mittelmeer zusammen. Er zieht eine Bilanz der operativen Beobachtungen von **ÄRZTE OHNE GRENZEN** zwischen August 2021 und September 2023 und stützt sich dabei auf medizinische und operative Daten aus den Projekten sowie auf Berichte von Patient*innen und Mitarbeitenden. Der Bericht zeigt auf, wie die Gesundheit, das Wohlergehen und die Würde von Menschen auf der Flucht systematisch durch die miteinander verknüpften brutalen Maßnahmen und Praktiken der EU und ihrer Mitgliedstaaten beeinträchtigt werden.

I. GEFANGEN

Schutzsuchende, vor allem aus Ländern in Afrika, dem Nahen Osten und Asien, sitzen aufgrund von schmutzigen EU-Deals gewaltsam in Nicht-EU-Ländern fest, ohne Zugang zu medizinischer Versorgung und Schutz.

III. INHAFTIERT

Menschen, denen es gelingt, die EU zu erreichen, werden unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten, die ihre Gesundheit und ihr Wohlergehen gefährden.

II. BLOCKIERT

Menschen, die versuchen die Grenzen der EU zu überqueren, erleiden Verletzungen, Unterkühlung und Dehydrierung – in Wüsten, Wäldern und Gebirgen. Sie sterben bei dem Versuch, sich in Sicherheit zu bringen oder gewaltsamen Pushbacks zu entkommen. Andere werden Opfer der gefährlichen Praktiken von Küstenwachen oder ertrinken im Mittelmeer und in der Ägäis, weil es an Hilfe sowie Such- und Rettungsmaßnahmen fehlt.

IV. OHNE SICHERHEIT

Einmal in einem EU-Land angekommen, sehen sich Menschen oft einer Politik der Ausgrenzung und Abschreckung ausgesetzt. Ihnen wird jede Möglichkeit genommen, anzukommen, körperlich wie seelisch zu heilen und in Würde zu leben.



GRIECHENLAND: Neu ankommende Migrant*innen verstecken sich in den Bergen von Samos, um nicht von der Grenzpolizei aufgegriffen zu werden. Viele von ihnen brauchen medizinische Hilfe, da sie dehydriert und ausgezehrt sind.
© Alice Gotheron / MSF

I. GEFANGEN

Schutzsuchende, vor allem aus Ländern in Afrika, dem Nahen Osten und Asien, sitzen aufgrund von schmutzigen EU-Deals gewaltsam in Nicht-EU-Ländern fest, ohne Zugang zu medizinischer Versorgung und Schutz:

- Diese Auslagerung des Grenzschutzes sehen wir in Serbien, Niger, Tunesien und Libyen. Die Menschen sind einem hohen Maß an physischer Gewalt und Repression ausgesetzt, einschließlich Razzien, Abschiebungen und Durchsuchungen durch Sicherheitskräfte.
- In Serbien, Niger und Libyen leben Menschen in prekären Verhältnissen, werden ausgegrenzt oder haben keinen Zugang zu medizinischer Versorgung. **ÄRZTE OHNE GRENZEN** behandelt dort vor allem vermeidbare Gesundheitsprobleme wie Hautkrankheiten, Atemwegsinfektionen und Magen-Darm-Erkrankungen.
- In Libyen sind Menschen, die auf dem Mittelmeer von der libyschen oder tunesischen Küstenwache abgefangen und in Internierungslager zurückgebracht werden, lebensgefährlichen Haftbedingungen, Gewalt und Missbrauch ausgesetzt. Die Menschen leiden unter Angstzuständen, Depressionen und den Folgen von Selbstverletzungen. Immer wieder kommt es zu Selbstmordversuchen. In Libyen und Niger hat **ÄRZTE OHNE GRENZEN** Menschen behandelt, die zuvor von der tunesischen Küstenwache abgefangen und anschließend nach Libyen und Algerien abgeschoben wurden.

II. BLOCKIERT

Menschen, die versuchen die Grenzen der EU zu überqueren, erleiden Verletzungen, Unterkühlung und Dehydrierung – in Wüsten, Wäldern und Gebirgen. Sie sterben bei dem Versuch, sich in Sicherheit zu bringen oder gewaltsamen Pushbacks zu entkommen. Andere werden Opfer der gefährlichen Praktiken von Küstenwachen oder ertrinken im Mittelmeer und in der Ägäis, weil es an Hilfe sowie Such- und Rettungsmaßnahmen fehlt:

- **ÄRZTE OHNE GRENZEN** hat zwischen August 2021 und September 2023 mehr als 28.000 Menschen behandelt, die aufgrund von Grenzmauern, Pushbacks sowie fehlender Such- und Rettungsmaßnahmen verletzt wurden oder zu Schaden gekommen sind. Darunter waren mehr als 20.000 Menschen, die an den EU-Grenzen medizinisch versorgt, psychologisch betreut und in Notsituationen unterstützt wurden, und mehr als 8.000 Menschen, die aus Seenot gerettet wurden.
- An der polnischen Grenze wiesen fast 40 Prozent der Patient*innen Verletzungen auf, die durch die Grenzanlage verursacht wurden.
- An den Grenzen Griechenlands, Bulgariens, Ungarns und Polens behandelte **ÄRZTE OHNE GRENZEN** Verletzungen und Leiden, die durch gewaltsame Pushbacks verursacht wurden.
- **ÄRZTE OHNE GRENZEN** hat Überlebende von zwölf Schiffsunglücken vor der Küste Italiens und Griechenlands mit bis zu 875 Toten und Vermissten medizinisch betreut.
- Überlebende berichteten dem Team auf dem Rettungsschiff *Geo Barents*, dass sie bis zu sieben Mal versucht hatten, von Libyen aus überzusetzen.

III. INHAFTIERT

Menschen, denen es gelingt, die EU zu erreichen, werden unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten, die ihre Gesundheit und ihr Wohlergehen gefährden:

- Gefängnisähnliche Strukturen, wie die von der EU finanzierten „geschlossenen Zentren mit kontrolliertem Zugang“ in Griechenland, gefährden die Gesundheit der dort untergebrachten Menschen. Depressionen, posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) und Angststörungen sind unter den Patient*innen, einschließlich Kindern, weit verbreitet. Außerdem nehmen vermeidbare ansteckende Hautkrankheiten zu, die durch mangelhafte Hygiene und Lebensbedingungen verursacht werden.
- In diesen Zentren, auch „Hotspots“ genannt, führen die Asylgrenzverfahren zu Ungewissheit und Verzweiflung, während Schutz- und Hilfsmaßnahmen abgebaut werden und den Menschen somit lebenswichtige Versorgung, Schutz und Hilfe vorenthalten werden.

IV. OHNE SICHERHEIT

In einem EU-Land angekommen, sehen sich Menschen oft mit einer Politik der Ausgrenzung und Abschreckung konfrontiert. Ihnen wird jede Möglichkeit genommen, anzukommen, körperlich wie seelisch zu heilen und in Würde zu leben:

- Menschen, denen der Zugang zum Asyl- und Aufnahmesystem verweigert wird, müssen auf der Straße oder in besetzten Häusern leben. In Belgien und den Niederlanden hat **ÄRZTE OHNE GRENZEN** Menschen unterstützt, die von staatlicher Versorgung und Hilfe ausgeschlossen wurden und deren Gesundheitszustand sich dadurch verschlechterte.
- Psycholog*innen von **ÄRZTE OHNE GRENZEN** haben auch über eine deutliche Verschlechterung der psychischen Gesundheit von auf der Straße lebenden Menschen berichtet, wobei psychotische Störungen, posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) und Depressionen die häufigsten Diagnosen sind.
- Kinder sind von staatlicher Vernachlässigung und Ausgrenzung betroffen. In Frankreich hat **ÄRZTE OHNE GRENZEN** Hunderte unbegleiteter Minderjähriger unterstützt, die von staatlichen Diensten, Fürsorgemaßnahmen und Schutz ausgeschlossen waren.



MITTELMEER: „Ich hatte große Angst vor dem Wasser. Es ist eine sehr gefährliche Reise“, sagt dieser 18-jährige Mann aus Nigeria. Mehr als 3.000 Menschen starben 2023 laut IOM bei dem Versuch das Mittelmeer zu überqueren.
© Nyancho NwaNri



MITTELMEER: Training für den Ernstfall. Insgesamt hat ÄRZTE OHNE GRENZEN seit 2015 mehr als 92.000 Menschen auf dem Mittelmeer gerettet.
© Maurizio Debanne / MSF

In verschiedenen Kontexten, in denen ÄRZTE OHNE GRENZEN arbeitet, sind die Mitarbeitenden mit den unterschiedlichen Folgen von Gewalt konfrontiert. Die Reformen im Rahmen des EU-Pakts für Migration und Asyl werden diese Zustände nicht beenden. Sie tragen vielmehr zur Schaffung eines Netzes der Gewalt bei, das Schutzsuchende ausgrenzen und abschrecken soll.

Die Folgen der Auslagerung

Künftig können EU-Staaten Gelder an Nicht-EU-Staaten als Beitrag zum Solidaritätsmechanismus abrechnen, wenn sie keine Flüchtlinge aufnehmen wollen. Damit schafft die EU einen Anreiz für die weitere Auslagerung von Grenzkontrollen zur Flüchtlingsabwehr. In der Folge wird die Gewalt, wie wir sie bereits in Libyen, Tunesien, Niger und Serbien erleben, zunehmen.

Gewalt und unterlassene Hilfeleistung an der Grenze

Das neue EU-Asylsystem erlaubt den Mitgliedstaaten, von geltendem Recht abzuweichen. Damit verleiht die EU den Praktiken von Push-

backs, physischer Gewalt und der Verweigerung von Hilfe für Menschen, die an den EU-Grenzen ankommen, einen Anschein der Legitimität. Teams von ÄRZTE OHNE GRENZEN haben entlang der EU-Grenze mit Belarus die verheerenden gesundheitlichen Folgen einer Militarisierung des Grenzschutzes dokumentiert.

Inhaftierung und mangelhafte Versorgung

Mit der Etablierung des „Hotspot-Ansatzes“ an den gesamten EU-Außengrenzen verfestigt die EU ein auf Inhaftierung basierendes System und baut Schutzmechanismen ab. Dies hat in Camps in Ländern wie Griechenland und Italien bereits zu gesundheitlichen Notständen geführt.

Elend als Abschreckung

Indem die EU ihre Reformen darauf ausrichtet, „Sekundärmigration“ zu stoppen und die Menschen an den Außengrenzen aufzuhalten, schafft sie eine Dynamik, die auf Vernachlässigung und Ausgrenzung als Mittel der Abschreckung setzt. In Ländern wie Frankreich und Belgien reagiert ÄRZTE OHNE GRENZEN bereits auf die Folgen dieser Politik.

Seit Jahren warnt ÄRZTE OHNE GRENZEN vor den gesundheitlichen Folgen der europäischen Migrationspolitik. Doch die Chance für einen Kurswechsel – etwa durch den EU-Pakt für Migration und Asyl – wurde verpasst. Ein Netz von gewalttätigen Praktiken dominiert die EU-Migrationspolitik.

Angesichts dieser anhaltenden Normalisierung der Gewalt kann ÄRZTE OHNE GRENZEN keine schnellen und einfachen Empfehlungen, Maßnahmen oder Lösungen vorschlagen, die diese Fehlentwicklung korrigieren könnten.

Die EU muss sich dringend mit den Problemen auseinandersetzen, die der Gewalt zugrunde liegen. Dazu gehören der tief verwurzelte Rassismus und die Entmenschlichung gegenüber Geflüchteten und Migrant*innen aus nichteuropäischen Ländern und die Darstellung dieser Menschen als Sicherheitsrisiko. Dies erfordert einen dringend notwendigen fundamentalen Kurswechsel. Es bedarf Lösungen, die bei den Ursachen ansetzen, welche viel zu lange zu vermeidbaren Todesfällen, Verletzungen und Traumata bei Menschen geführt haben, die an den Grenzen der EU Schutz suchen.



GRIECHENLAND: Während eines Noteinsatzes auf der Insel Lesbos fand ein medizinisches Team von ÄRZTE OHNE GRENZEN Menschen, die an den Händen gefesselt waren – Zeugnis der zielgerichteten Gewalt gegen Migrant*innen.
© MSF

ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.
Schwedenstraße 9, 13359 Berlin
Tel. 030 700 130-0

Felix Braunsdorf
Humanitarian Advocacy Officer
felix.braunsdorf@berlin.msf.org

Deutsche Website:
www.aerzte-ohne-grenzen.de
Internationale Website:
www.msf.org

